

Datum: 30.10.2019

ERSETZUNGSANTRAG

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Fraktion

DIE LINKE.

SPD-Fraktion

FDP-Fraktion

Stadtrat Max Aschenbach

Stadträtin Manuela Graul

Stadtrat Martin-Schulte Wissermann

Gegenstand:

A0635/19: „Nazinotstand? - Grundsatzerklärung zum gemeinsamen Handeln gegen antidemokratische, antipluralistische, menschenfeindliche und extrem rechte Entwicklungen in der Dresdner Stadtgesellschaft - Stärkung der Zivilgesellschaft“

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Bericht des federführenden Ausschusses wird wie folgt ersetzt:

1. Der Stadtrat stellt - wie bereits im Lokalen Handlungsprogramm aus dem Jahr 2017 - fest, dass „fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Ressentiments in der Gesellschaft stark verbreitet sind und antidemokratische Haltungen bis weit in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft reichen“. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden stellt zudem mit Besorgnis fest, dass antidemokratische, antipluralistische, menschenfeindliche und extrem rechte Einstellungen und Taten bis hin zu Gewalt in Dresden immer stärker offen zu Tage treten.

In der Öffentlichkeit sind Gegenstimmen und -bewegungen zu dieser Entwicklung zu wenig sichtbar. Ein zu großer Teil der Stadtgesellschaft schweigt dazu.

2. Der Stadtrat erklärt für die 7. Wahlperiode 2019-2024 daher einen besonderen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur, den Schutz von benachteiligten Minderheiten, der Menschenrechte und von Opfern rechter Gewalt sowie das Engagement gegen die Ursachen extrem rechter Positionen und deren Folgen wie Antisemitismus, Rassismus und Islamophobie zu legen und das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Wertschätzung von Vielfalt und eines respektvollen solidarischen Miteinanders wieder zu stärken. Immer dann, wenn die Gleichwertigkeit aller Menschen bestritten wird, stellen sich die Stadt Dresden und der Stadtrat ohne zu zögern schützend vor die Bedrohten. Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist das Leitmotiv unseres Handelns.

3. Folgende Leitlinien und Ziele sollen dabei das Handeln des Stadtrates und der Verwaltung prägen:

Dresden ist eine Stadt,

- die sich für ein soziales Miteinander einsetzt und insbesondere die Interessen benachteiligter Gruppen berücksichtigt, um Verständnis, Rücksichtnahme und Zusammenhalt zu fördern;
- die ein öffentlicher Platz und ein Forum ist, wo Menschen sich begegnen, ins Gespräch kommen und einander unterstützen;
- mit einer engagierten Bürgerschaft und zivilgesellschaftlichen Bündnissen, die sich aktiv für Menschenrechte einsetzen. Benachteiligte unterstützen, in der Nachbarschaft aktiv sind, sich um ein demokratisches Gemeinwesen kümmern und die von der Stadt organisatorisch, finanziell und wertschätzend unterstützt werden;
- in der Opfer rechter Gewalt jede Hilfe erhalten und in der die Landesbehörden mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent Täterinnen und Täter verfolgen;
- die die Verbreitung von antidemokratischen, antipluralistischen, menschenfeindlichen und extrem rechten Einstellungen auf ihren zentralen Plätzen nicht unwidersprochen zulässt; - die sich der unverzichtbaren Bedeutung von Kunst und Kultur für Diskurs, Identitätsstiftung, interkulturellen Dialog und Teilhabe bewusst ist und sich dafür einsetzt, diese zu unterstützen.
- ~~Mit einer Versammlungsbehörde, die den zivilgesellschaftlichen Protest gegen rechtes und menschenrechtsverachtendes Demonstrationsgeschehen nicht durch unverhältnismäßige Reglementierung ausbremst und Holocaustleugner*innen keinen Platz im Versammlungsgeschehen einräumt.~~

4. Wir verstehen die Bürgerinnen und Bürger - und zwar alle, die in Dresden leben - als unsere Partner und Partnerinnen, beziehen sie aktiv ein, entwickeln Formen in denen sich Jede und Jeder unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Beruf, Herkunft oder finanzieller Lage beteiligen kann.

Vorrang hat die Unterstützung der Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger wie sie zum Beispiel im Projekt „Zukunftsstadt Dresden“ oder dem Quartiersmanagement für die „Nördliche Johannstadt“, Pieschen, Prohlis und in anderen Dresdner Stadtteilen bereits zukunftsweisend durchgeführt wurden und werden. Auch im Rahmen der Kulturhauptstadtbewegung wurden neue Wege der Beteiligung und des Bürger*innendialogs erprobt. Diesen Weg gilt es fortzusetzen und zu vertiefen. Wir fördern eine neue Kultur des Miteinanders auf der Basis von gemeinsamem Respekt, der Achtung von Menschenwürde, Weltoffenheit und der Wertschätzung von Verschiedenheit, um in einer vielfältigen Gesellschaft gut miteinander auszukommen.

Dafür setzen wir die Maßnahmen unseres Lokalen Handlungsprogramms „Wir entfalten Demokratie“ konsequent und zügig um und erfüllen die Mitgliedschaft und den 10-Punkte-Aktionsplan der „Städtekoalition gegen Rassismus“ mit Leben.

~~5. Mit der verstärkten Hinwendung zu unseren Gemeingütern, der Verantwortungsübernahme für die öffentliche, kommunale Infrastruktur, auch durch Re-Kommunalisierungen, gewinnen wir das Vertrauen der Dresdnerinnen und Dresdner zurück, die heute glauben, extreme Rechte und Antidemokraten hätten Antworten auf die Herausforderungen unserer modernen, digitalen und globalen Gesellschaft.~~

5. Vor dem Hintergrund der herausgehobenen Rolle als gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten verteidigen die Mitglieder des Stadtrates die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte für alle, vertreten ihre konkurrierenden politischen Auffassungen im Rahmen der pluralistischen parlamentarischen Demokratie hart in der Sache aber mit Respekt vor der anderen Person und ihrer auch anderen politischen Auffassung in fairem

Meinungsstreit, bemühen sich um die Wahrung der politischen und der Streitkultur, suchen über unterschiedliche politische Grundüberzeugungen hinaus Kompromisse und setzen sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister für eine bürgernahe, effiziente und transparente Stadtverwaltung ein, welche die Stadt im Sinne der Dresdnerinnen und Dresdner voranbringt.

6. Dreißig Jahre nach der friedlichen Revolution, die gerade auch in Dresden einen ihrer Ausgangsorte und eines ihrer Zentren hatte, ächten die Mitglieder des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden politische Gewalt, auch den Aufruf dazu und deren Verharmlosung, treten für die offene Gesellschaft und die Freiheit der Einzelnen ein und wirken für soziale Gerechtigkeit sowie die Bewahrung einer lebenswerten Umwelt für kommende Generationen.

Mit den hier genannten, sicherlich unvollständigen und zu ergänzenden Prinzipien sind alle Aspekte von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Abwertung, Benachteiligung und Diskriminierung unvereinbar. Die extreme Rechte überschreitet mit der Propagierung derartiger Ansichten nicht nur die vom Grundgesetz gesteckten weiten Grenzen, sondern schreckt selbst vor politischen Gewalttatengegen Synagogen, Moscheen, öffentliche Einrichtungen und Unterkünfte von Geflüchteten nicht zurück, wie die Anschläge auf die Synagoge in Halle, in Freital sowie auf eine Moschee und auf das Kongresszentrum in Dresden zeigen. Mit dem Bombenanschlag auf das Kongresszentrum ist eine Einrichtung der Landeshauptstadt Dresden selbst Anschlagziel der extremen Rechten gewesen. Mehr noch, die langjährigen Umtriebe des „Nationalsozialistischen Untergrundes“, der „Gruppe Freital“ und eine Reihe weiterer Taten-wie etwa der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke, die Schüsse auf einen Eritreer in Wächtersbach oder der antisemitische Anschlag in Halle - zeigen, dass die extreme Rechte selbst vor Mord nicht zurückschreckt.

Damit steht neofaschistisches, neonazistisches und rechtsextremes politisches Denken und Handeln außerhalb unserer Gesellschaft und bedroht diese. Diese Bedrohung gilt es abzuwenden und zu bekämpfen.